

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 5. Juni 1920
11. Jahrg. Nummer 128

Verl. im tägliche mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,60 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 Mk., unter Streifenband 3,00 Mk. Einzelverkaufspreis: Die Jahrgangsweltens Millimeterzeile oder deren Inhalt 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf., Restamtspreis: Die dreizehnbändige Millimeterzeile oder deren Inhalt im Text 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptverteilung: Berlin 16, Postfach Nr. 10, 100 000.
Vertriebsstellen: Berlin 16, Postfach Nr. 10, 100 000.
Vertrieb: Berlin 16, Postfach Nr. 10, 100 000.
Vertrieb: Berlin 16, Postfach Nr. 10, 100 000.
Vertrieb: Berlin 16, Postfach Nr. 10, 100 000.

Von liberaler und konservativer Gnade — „Arbeiterregierung“ in England Macdonald zum Handfuß beim König befohlen — Seine Ministerliste

Der englische Ministerpräsident Baldwin hat, wie wir gestern berichteten, beim König seine offizielle Demission eingereicht. Im Anschluß an die Audienz wird der König seinen Privatsekretär zu Macdonald schicken, um ihn für Mittwoch oder Donnerstag nach Windsor zu bitten. „Die Vertrauens Macdonalds mit der Kabinettsbildung erfolgt in der althergebrachten Form, nach der der König Macdonald zum „ersten Lord des Schatzes“ ernannt, worauf der Vertraute dem König die Hand küßt.“ („Post, Zeitung“)

Unter den verschiedenen Ministerlisten eines „Arbeiterkabinetts“, die bereits seit dem Tage nach der Wahl kursieren, wird die nachstehende in Parlamentären Kreisen als „äußerst wahrscheinlich“ bezeichnet, wobei allerdings noch nicht feststeht, ob Henderson wirklich das Außenministerium übernehmen soll. Auf der Liste der Minister stehen u. a. folgende:

- Premierminister** Macdonald,
- Schatzkanzler** Snowden,
- Dominions und Kolonien** Thomas,
- Erziehung** Miss Susanne Lawrence.

Ueber die Pläne der Arbeiterpartei bzgl. Macdonalds meldet der „Vorwärts“, Macdonald hätte sich entschieden, sofort sein Arbeiterkabinet zu bilden, „ohne sich um die Unterstützung anderer Parteien zu kümmern“. Das bedeutet, daß eine Koalition der Arbeiterpartei und der Liberalen nicht zustandekommt, vor allem weil die Liberale Partei dazu nicht gewillt ist, dagegen die „Arbeiterregierung“ von der Gnade sowohl der Konservativen als auch der Liberalen abhängen wird. Welche Perspektiven dies bedeutet, verrät der „Vorwärts“ unwillkürlich, indem er schreibt: „Man könnte fast annehmen, daß das auf einem stillschweigenden Uebereinkommen zwischen Baldwin und Macdonald beruht, wobei Baldwin willens ist, die Politik seiner Partei so einzurichten, daß Macdonald zunächst an der Regierung bleibt. Das heißt, England würde eine Minderheitsregierung der Arbeiterpartei, aber nicht etwa von Lloyd Georges Gnaden, sondern von Baldwin's Gnaden haben.“

Der Reparationschacher im Auswärtigen Ausschuss Deutschnationales Komödienstück

(Eig. Ber.) Berlin, 4. Juni

Im Auswärtigen Ausschuss sollte am Dienstag die Berichterstattung und Aussprache über die Pariser Reparationsverhandlungen stattfinden. Finanzminister Hilferding gab einen Bericht über den materiellen Inhalt des Verlaufs der Verhandlungen und das Ergebnis, lehnte aber ab, sich irgendwie politisch über Paris zu äußern. Darauf erwiderte der Reichskanzler Hermann Müller, von einer materiellen Besprechung der Pariser Konferenz Abstand zu nehmen und verlas zwei Telegramme von Schacht und Raß, worin diese das Ersuchen aussprechen, innerpolitische Auseinandersetzungen bis nach dem Ende der Konferenz zu vertagen. Die Sachverständigen würden die Verantwortung für ihre Entscheidung ohne Rücksicht auf äußere Einflüsse übernehmen.

Gegen den Faschismus und seine Wegbereiter Eine Interpellation der kommunistischen Reichstagsfraktion zum Stahlhelmtag

Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte zum Stahlhelmtag in München folgende Interpellation ein:

„Am 1. und 2. Juni 1920 fand in München ein Stahlhelmaufmarsch statt, der mit aller Deutlichkeit die bestehende faschistische Gefahr in Deutschland aufzeigt. Während der KPD. aufgelöst und verboten wurde, erstreute sich dieser Faschistenaufmarsch der Unterstützung aller republikanischen Behörden.“

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held empfing zum Stahlhelmtag die beiden Stahlhelmführer Düstberg und Selbte, ließ sich über den Sinn des Stahlhelmtages „informieren“ und wünschte anschließend an die Besprechung dem Stahlhelm bei seinem Aufmarsch gutes Gelingen. Auch der Reichspräsident fand dem Stahlhelm ein Begrüßungsschreiben, indem er dieser faschistischen Organisation „kameradschaftliche Grüße“ entbietet und „gutes Gelingen“ wünscht.

Mit offener Unterstützung der Behörden darf sich also der Stahlhelm zu seinem faschistischen Angriff auf die deutsche Arbeiterklasse öffentlich vorbereiten.

Stahlhelmführung betonte in München ausdrücklich, daß sie auch jetzt noch zu ihrer „Hajboltschaft“ treue, und in der Entscheidung des Münchener Stahlhelmtages heißt es: „Kreuz und Schwert sind auch dem Stahlhelm Symbole.“

Durch das Verbot des roten Frontkämpferbundes durch den Minister des Innern, Severing, fühlen sich die faschistischen Verbände, und insbesondere der Stahlhelm, außerordentlich gefördert. Die Münchener Arbeiterpartei plante als Gegenwehr zum Aufmarsch der weißen Bürgerkriegsarmee in München einige Protestkundgebungen, die sämtlich von den bayrischen Behörden verboten wurden. Während Hermann Müller und Severing also den KPD., die Kampforganisation des Proletariats gegen Faschismus und Krieg, verbieten, gestatten und unterstützen Reichs- und Länderregierungen ausdrücklich den Aufmarsch der faschistischen Organisation und wünschen „gutes Gelingen“.

So bereitet die Koalitionsregierung Hermann Müller-Severing der faschistischen Diktatur in Deutschland immer offener den Weg.

Ist die Reichsregierung bereit, sich wegen dieser sozialfaschistischen Politik und dieser Förderung der offen faschistischen Organisationen im Reichstage sofort zu äußern?“

Darauf folgte der angekündigte „große“ Vorstoß der Deutschnationalen, der aber außerordentlich lässig ausfiel, durch eine kurze inhaltslose Rede des Herrn v. Westarp und einen Antrag, das Sachverständigengutachten abzulehnen. Darauf erhoben sich die Führer sämtlicher Regierungsparteien, darunter Scholz (DVP.), Breitscheid (SPD.), Leicht (Bayr. Volksp.) und beantragten, jegliche weitere Debatte abzulehnen und nur noch Anfragen an die Regierung stellen zu lassen. Gegen diese ungeheuerliche Mißachtung auch der formalen Rechte der sogenannten Volksvertretung protestierten die Kommunisten, die gleichzeitig die Deutschei der Deutschnationalen aufzeigten. Die Deutschnationalen, nichtlich erleichtert, von einer Kritik, die ihnen von ihrer kapitalistischen Standpunkt aus sichtlich schmerzt, entbunden zu sein, verließen den Saal. Genosse Stoeder stellte darauf eine Reihe von Fragen über die politischen Hintergründe der Pariser Konferenz, über den Schacher der imperialistischen Außenpolitik und über die Pariser Verhandlungen gegen die Sowjetunion, die offiziell von Ruhmann, Reichberg und dem General von der Lippe wahrscheinlich in Zusammenarbeit mit Schacht in Paris abgeschlossen wurden. Der Reichskanzler und der Außenminister gaben Antworten, die in den entscheidenden Punkten keineswegs eindeutig und klar waren.

Die Kommunisten erklärten, daß sie die Hintergründe der Pariser Konferenz selbstverständlich im Plenum des Reichstages um so deutlicher aufzeigen würden. Die Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuss waren, wie der Bericht zeigt, eine reine Komödie. Um so heftiger geht hinter den Kulissen der Kampf der Großindustriellen, der Banken und der Großagrarier um die Verteilung der herabgesetzten Reparationssummen.

Vom Tage

Die evangelischen Landeskirchen Preußens fordern unter Vertretung auf den bevorstehenden Abschluß des Konkordats mit der katholischen Kirche nunmehr von der preussischen Staatsregierung die Aufnahme von Verhandlungen, „um zu einer vertragsmäßigen Regelung zwischen der preussischen Staatsregierung und der Landeskirche zu gelangen“, das heißt, auch die evangelische Kirche verlangt neue Pflichten für Kirche und Pfaffen.

Infolge des Jubelausbruches mußten die Stadt Barre und die Dörfer Alno und Campitello von der Bevölkerung geräumt werden. In einem Krankenhaus in Chicago brach ein Brand aus, der sich mit großer Geschwindigkeit über fast das ganze Gebäude ausbreitete.

Bei einem Sprengungsglück in einem Steinbruch bei Jersey in England wurden drei Arbeiter getötet und zahlreiche verletzt.

In Lemberg ist es zu schweren antisemitischen Ausschreitungen gekommen im Anschluß an angebliche Störungen einer Fronleichnamsprozession durch jüdische Schulkinder.

Beim Bau der Zugspitzbahn haben sich mehrere Unglücksfälle zugetragen, wobei ein Arbeiter tödlich verletzt und zwei schwer verletzt wurden.

Generalstreik der Briefträger in Paris Die Stadt ohne Post — Polizisten als Streikbrecher

Die Ill. meldet aus Paris:

Ein großer Teil der französischen Hauptstadt ist seit Dienstag vormittag ohne Postbesetzung. Am letzten Freitag waren 191 Briefträger wegen eines dreitägigen Streiks — es handelt sich um Lohnerschöngungen und günstigere Arbeitsbedingungen — für einen Monat vom Dienst ausgeschlossen worden. Daraufhin haben Montagabend die Pariser Briefträger in einer kürzlich verlaufenen Versammlung einen 24stündigen Proteststreik beschlossen. Diese Streikparole wurde in einem Maße befolgt, daß das Pariser Geschäftsleben fast beeinträchtigt ist. Im Hauptpostamt wurden zwar während der Nacht die Briefe und Drucksachen nach den Bezirken ausgepackt, jedoch nicht ausgegeben. Das Hauptpostamt und mehrere Bezirksämter sind polizeilich bewacht, um Sabotageakte zu verhindern. Die des Amtes entbundenen Briefträger wurden durch 500 Polizeibeamte ersetzt. Die Postautos sind lahmgelegt, es an den bestehenden Briefträgern fehlt. Mehrere Briefträger, die von einer am Dienstagvormittag tagenden Streikversammlung kamen, versuchten, ein vorbeifahrendes Lastauto in den Kanal zu kippen. 33 Briefträger wurden verhaftet; außer dem

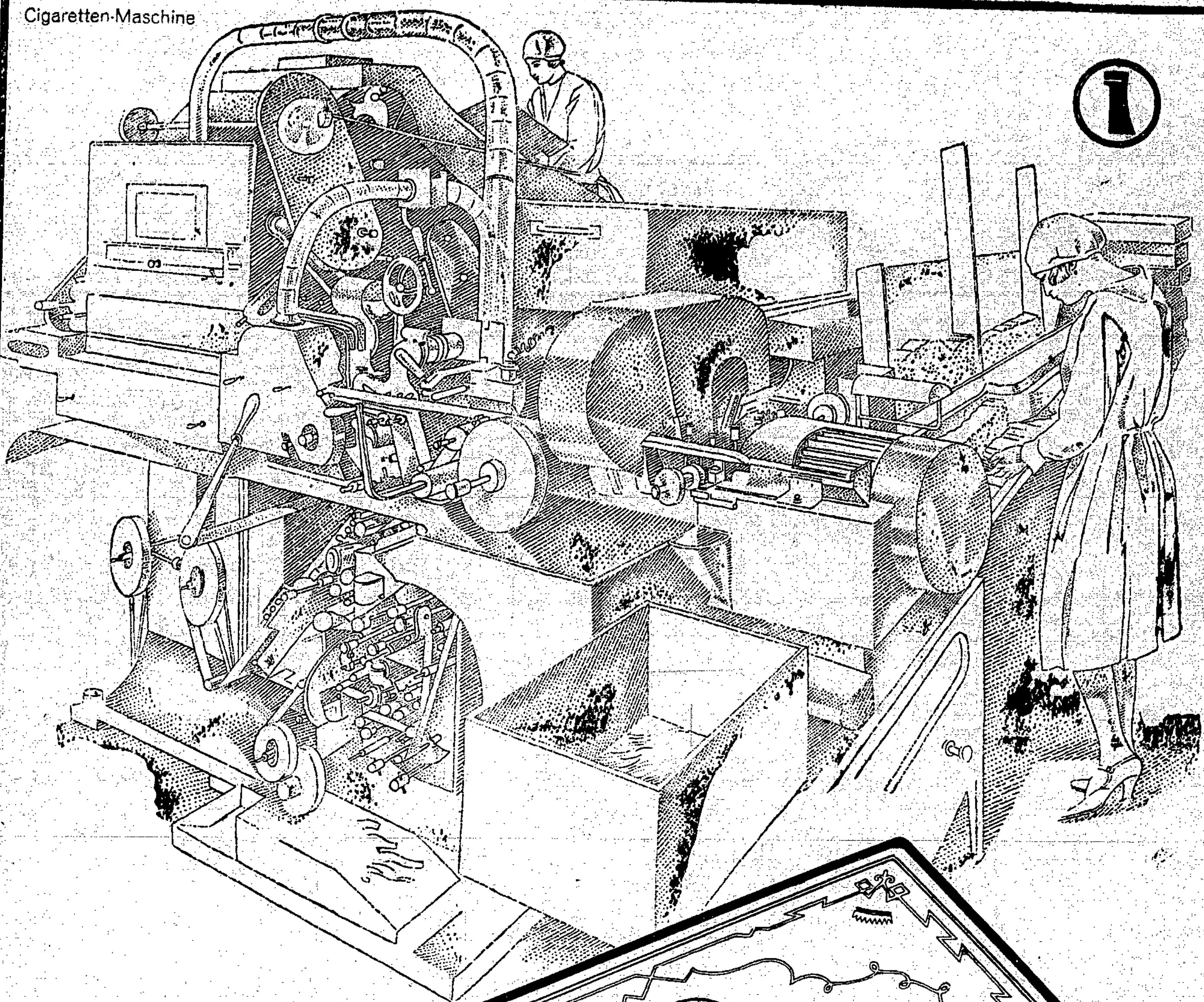
wurde ein kommunistischer Führer verhaftet, der in das Gebäude eines Postamtes einbrang und eine Ansprache an die Briefträger hielt. Die heutige Streikversammlung forderte die Ausdehnung der Bewegung.

Der Nazi-Aufmarsch in Lübeck

Die Klassenbewußten Arbeiter in Gegenwehr

Der Nazi-Aufmarsch in Lübeck am 2. Juni war eine vollständige Pleite. Wegen schlechter Beteiligung mußte die Hälfte des Programms ausfallen. Die Klassenbewußten Arbeiterpartei Lübecks empfing die Nationalsozialisten mit lauten Pfuiereien. Unter Aufsicht der Polizei provozierten die Faschisten die Arbeiter, mußten sich aber mit blutigen Köpfen zurückziehen. Die SPD- und Reichsbannerführer hatten ihre Mitglieder angewiesen, sich nicht auf der Straße zu zeigen. Nach der gründlichen Abfuhr, die den Faschisten in Lübeck seitens der revolutionären Arbeiterpartei zuteil wurde, zogen sie es vor, frühzeitig zu verschwinden.

Cigaretten-Maschine

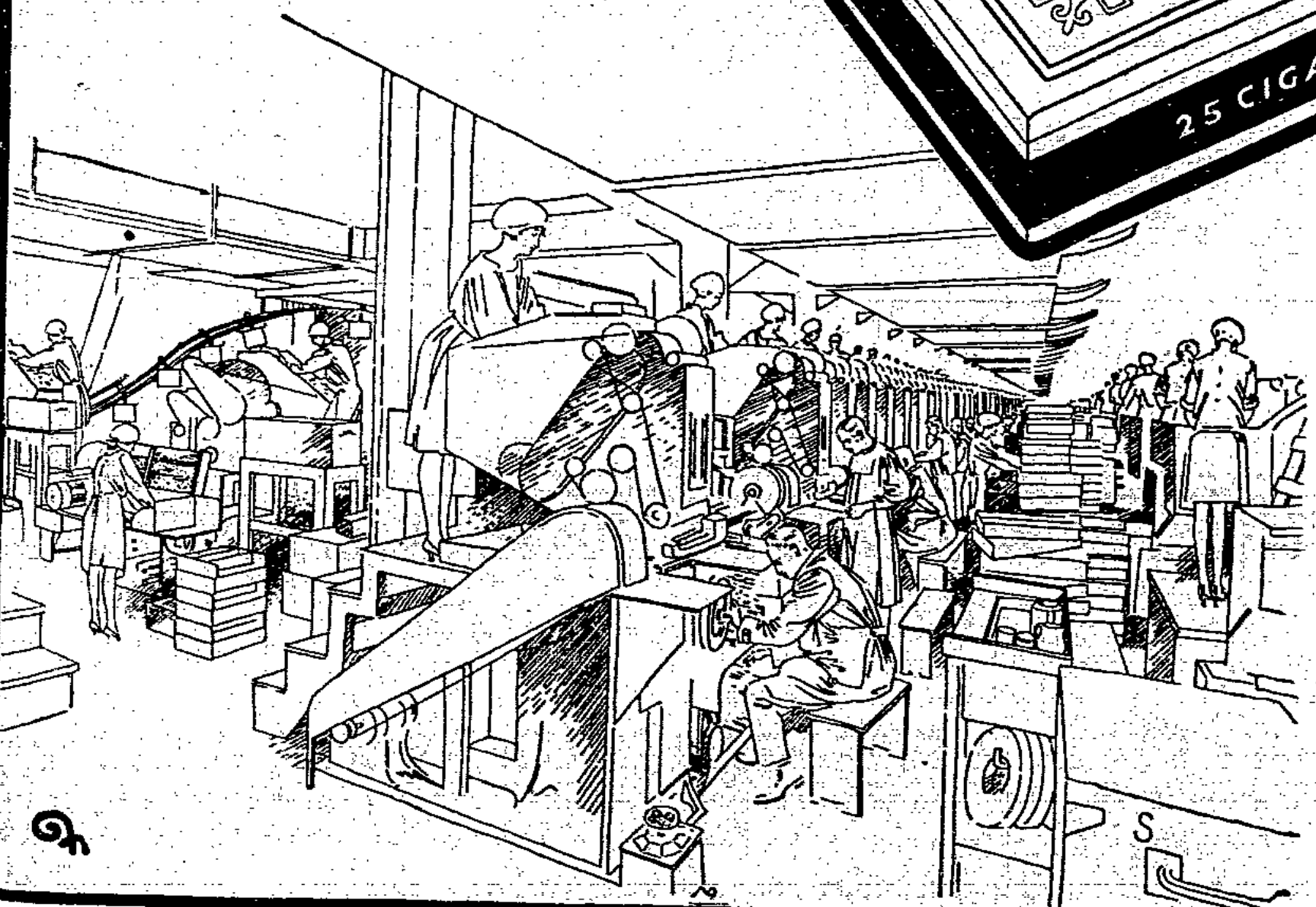


5 Pf.

Gleichmäßig

und absolut gleichbleibend gelangt die Reemtsma-Cigarette Ernte 23 in die bekannte braungelbe Verpackung, in der ihr wertvolles Aroma wie im Tresor erhalten bleibt.

Reemtsma-Cigaretten sind wertvoll, es lohnt sich, sie gut zu behandeln!



3

S

Wissells Abbauentwurf wird noch mehr verschärft!

Bürgerliche Enthüllungen — Was ist mit der „Panikstimmung“?

Ueber die Sitzung des Reichskabinetts vom 31. Mai, in der die Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes beschlossen wurde, berichtet der „Demokratische Zeitungsdienst“ noch einige wichtige Einzelheiten. So soll der Entwurf, den Wissell vorlegte, dem Kabinett noch nicht weitgehend genug gewesen sein, und Wissell wurde beauftragt, eine Reihe von Bestimmungen zu verschärfen. In erster Linie handelt es sich dabei um die Bestimmungen gegen die Saisonarbeiter. Ferner war im Wissellschen Entwurf die sofortige Erhöhung des Versicherungsbeitrages vorgesehen. Dieser Vorschlag wurde vom Kabinett in der Form abgelehnt. Der „Demokratische Zeitungsdienst“ meint, man wolle erst einmal eine Revision der gesetzlichen Bestimmungen vornehmen und dann prüfen, welche finanziellen Maßnahmen außerdem notwendig seien.

Wie wir von anderer Seite erfahren, wird Wissell nun in seinem Entwurf eine Ermächtigung für die Reichsanstalt hineinarbeiten, im Notfall eine Erhöhung der Beiträge vorzunehmen. Das heißt, daß die Beitragserhöhung, wenn nicht sofort, so doch in absehbarer Zeit kommen wird. Unabhängig davon drohen unmittelbar einschneidende Verschlechterungen. Was vor der Kabinettsitzung über den Wissellschen

Entwurf bekannt geworden ist, war schon ungeheuerlich. Jetzt hat das Reichskabinett noch eine weitergehende Verschärfung dieses Entwurfes beschlossen! Die SPD.-Führer haben sich in Magdeburg dazu die Vollmachten geholt.

Es muß immer wieder betont werden, daß der Abbau der Arbeitslosenunterstützung nicht möglich gewesen wäre ohne eine *letzte Mittelzug* der SPD. Eine Bürgerblockregierung könnte diese ungeheuren Verschlechterungen gar nicht durchsetzen, weil sie den unüberwindlichen Widerstand breiterer Arbeitermassen gegen sich hätte. Auch die Arbeiterschichten, die bisher noch der SPD. folgten, würden sich in die Abwehrfront einreihen, wenn eine Bürgerblockregierung einen so radikalen Abbau der Arbeitslosenunterstützung planen würde, wie jetzt die Müller-Regierung. Die Aufgabe der SPD.-Führer ist es, den Widerstand gegen die Verschlechterungen zu schwächen, und sie haben es auch vermocht, noch große Teile der Arbeiterschaft von der Gegenwehr zurückzuhalten. Deshalb gilt es, die Rolle der SPD.-Führer zu kennzeichnen, und die Massenmobilisierung gegen den Abbau der Arbeitslosenunterstützung durchzuführen.

Die Führer der SPD. und des ADGB. behaupten jetzt, daß es den Unternehmern gelungen sei, eine Panikstimmung zu erzeugen, die sich gegen die Arbeitslosenunterstützung auswirke. Wo ist diese Panikstimmung? Wer ist ihr zum Opfer gefallen? In Wirklichkeit ist die angebliche Panikstimmung ein

großer Schwindel. Es ist nicht zu sehen, als eine gesteigerte Angenhege der kapitalistischen Presse, die selbstverständlich ununterbrochen den Abbau der sozialen Leistungen fordert. Die Unternehmer behaupten, und die SPD.-Führer stimmen in dieses Geschrei ein, daß die Reichsfinanzen zusammenbrechen, wenn die Arbeitslosenunterstützung nicht abgebaut werde. Wäre das wahr, so hätte die Arbeiterschaft alles andere zu tun, nur nicht in den Abbau der Arbeitslosenunterstützung einzuwilligen. Über die Behauptung der SPD.-Presse ist zudem der Schwindel, denn durch die Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung sind die Finanzen des kapitalistischen Staates eben noch lange nicht gefährdet. Für die Arbeitslosen ist ja auch immer weniger ausgegeben worden. Einige Zahlen beweisen das.

Als noch die alte Erwerbslosenfürsorge bestand, mußte das Reich während der großen Arbeitslosigkeit 1926 in diesem Jahr 700 Millionen Mark zur Arbeitslosenunterstützung beisteuern.

Nach über einjährigem Bestehen der Versicherung mußte nun das Reich während des strengen Winters 1928/29 nur 400 Millionen Mark Zuschüsse leisten. Und wegen dieser 400 Millionen will jetzt die SPD. die Arbeitslosenunterstützung abbauen, währenddem sie zu gleicher Zeit für den Wehretat über 700 Millionen Mark bewilligt und das Reich in letzter Zeit über 2000 Millionen (2 Milliarden) den Unternehmern an direkten Subventionen in den Taschen geworfen hat.

Das geplante Verbrechen an den Erwerbslosen ist so ungeheuerlich, daß sich Arbeitslose und Betriebsstätige mehr als bisher rühren müssen, um die Verschlechterungen abzuwehren. Die Betriebsbelegschaften haben die Pflicht, zu dem Anschlag Stellung zu nehmen und eine möglichst breite und starke Abwehrfront zu bilden.

Bürgerliche Presse hehlt

Was die „Dreslauer Zeitung“ zu sagen weiß

F. Z. In dem Kampf der deutschen Bourgeoisie um den Abbau der Ausgaben für die Sozialpolitik fällt der bürgerlichen Presse eine entscheidende Rolle zu. Sie muß systematisch die „Öffentlichkeit“ vorbereiten für die unverhämten Forderungen der Arbeitgeber, denen die Ausgaben auf sozialpolitischem Gebiet zu „unproduktiv“ erscheinen, denn die Gelder, die für Kranke, Invaliden, Erwerbslose usw. aufgewendet werden, gehören nach der Auffassung der Kapitalisten nicht in die Tasche der Hilfsbedürftigen, sondern sie müssen der Wirtschaft (lies Kapital) zur Verfügung gestellt werden.

Inbesondere sind es die Aufwendungen für die Arbeitslosen, auf die es die deutschen Kapitalisten und die von ihnen ausgehaltene Presse abgesehen haben. Infolge der durch die ungewöhnliche Kälte sowie deren außergewöhnliche Dauer hervorgerufenen hohen Erwerbslosigkeit in diesem Winter die Mittel der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung nicht aus, um die Unterstützungszahlung voll durchführen zu können. Die Reichsanstalt sah sich daher genötigt, von der ihr gesetzlich zugestandenem Berechtigung Gebrauch zu machen und vom Reich Darlehen zu fordern. Diese Tatsache war der Anlaß, daß die deutschen Kapitalisten plötzlich Mißstände in der Arbeitslosenversicherung entdeckten; allerdings nicht die tatsächlich vorhandenen Mißstände, wegen denen wir dem Arbeitslosenversicherungsgesetz ablehnend gegenüberstehen. Vielmehr bestehen nach Ansicht der Kapitalisten diese „Mißstände“ darin, daß gewissen Arbeiterkategorien überhaupt Unterstützung gezahlt wird usw.

In dem Pressefeldzug gegen die Arbeitslosenunterstützung und für die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung im Sinne der Unternehmer darf natürlich die „Dreslauer Zeitung“, das Blatt der Dreslauer Selbstademokraten, nicht fehlen. In einer ihrer letzten Ausgaben befaßt sie sich in einem Leitartikel, betitelt „Unmäßige Gesetze“, mit den „Mißständen“ der Arbeitslosenversicherung im kapitalistischen Sinne. Wir werden nachstehend einige Argumente der „Dreslauer Zeitung“ hervorheben, damit die Erwerbslosen die systematische Hege der bürgerlichen Presse kennenlernen.

Ganz entrückt fragt diese Zeitung: „Was ist das für ein Zustand, wenn auf Grund der jetzigen Gesetzesbestimmungen Schulkinder Arbeitslosenunterstützung kriegen?“ (Nebenbei gesagt ist das ein Fall, der praktisch gar nicht in Erscheinung getreten sein wird und kann.) Demgegenüber stellen wir nur die Frage:

Was ist das für ein Zustand, daß Schulkinder arbeiten müssen, wenn ständig rund eine Million voll arbeitsfähiger Erwerbsloser auf der Straße liegt? Wer ist hieran schuld, die Profügler der Kapitalisten oder die Not der Eltern, denen die launigen Fleuniger der Schulkinder das magere Wirtschaftsgeld auffüllen müssen?

Weiter sind es die Saisonarbeiter, die es dem Artikelsschreiber angetan haben. Hier sind es besonders die Maurer, die mit ihren „hohen“ Stundenlöhnen herhalten müssen, um einen „Mißstand“ zu konstruieren. Man vergißt dabei ganz, daß zu den Saisonarbeitern nicht nur Maurer und sonstige Bauhandarbeiter, sondern auch z. B. die landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen usw. gehören, deren Stundenlöhne erheblich niedriger sind, als die der zur Parade herangezogenen Maurer. Man vergißt dabei auch ferner noch, daß viele Maurer und andere Saison-, Erdwerberbeiter in den letzten Herbstmonaten wochenlang keine Arbeit finden (im Jahre 1928 waren in Deutschland laut Statistik des Reichsarbeitsministeriums in den Monaten Juli und August über 30000 Bauhandarbeiter arbeitslos), außerdem durch schlechte Witterung usw. Lohnausfälle haben, die manchmal ganz beträchtlich sind. Der ganze Absatz, der den Saisonarbeitern und ihren „unberechtigten Versicherungsansprüchen“ gewidmet ist, läßt nur daraus hervorgehen, einen Keil zwischen Saisonarbeitern und den anderen Arbeitern zu treiben. Die Regelung der Versorgung der Saisonarbeiter in der Zeit der Arbeitslosigkeit soll man ruhig nur den Saisonarbeitern selbst überlassen.

Noch eine Schicht von Arbeitnehmern ist es, die den Zorn des Artikelsschreibers hervorgerufen hat. Es sind dies die arbeitslosen Kinder „vermögender“ Eltern und besonders die Söhne von kleinen Bauern, die, anstatt den Hungerberuf ihres Vaters zu ergreifen, lieber ein Handwerk gelernt haben und bei Arbeitslosigkeit nun

natürlich Unterstützung erhalten. Auch dieses Problem muß von einer ganz anderen Seite angepackt werden, als wie es in dem Artikel geschieht.

Höhere Löhne für Landarbeit, bessere Wohnungsmöglichkeiten, größere Siedlungsmöglichkeiten für die Bauernsöhne werden die Erziehung der Landflucht beseitigen.

Zu dem Angriff der Bourgeoisie auf die Arbeitslosenunterstützung ist noch grundsätzlich Stellung zu nehmen. Dabei muß auf die Entwicklung und die Wandlungen in der Versorgung der Arbeitslosen eingegangen werden. Die erste Form der Unterstützung der Arbeitslosen war die Erwerbslosenfürsorge, die anfänglich den Charakter einer reinen Fürsorgemaßnahme hatte, d. h. nur der „Bedürftige“ erhielt Unterstützung, und die Kosten hierfür wurden vom Reich, den Ländern und den Gemeinden getragen. 1924 wurde durch das Ermächtigungsgesetz die Beitragspflicht eingeführt. Arbeitnehmer und Arbeitgeber trugen anteilig die Kosten, und das Reich verpflichtete sich, eventuell fehlende Beträge zuzuschießen. Charakteristisch hierbei war, daß die im Reichsstatut hierfür eingeleiteten Beträge nur zu einem verschwindend geringen Betrage in Anspruch genommen wurden. Trotz der Beitragsleistung aber wurde die Bedürftigkeitsprüfung beibehalten, und so kam es, daß mancher Arbeiter

noch stetig Beiträge zahlen durfte, aber keinen Anspruch auf Unterstützung hatte, weil wegen Rentenbezug oder Familieneinkommens keine „Bedürftigkeit“ vorlag. Durch die Einführung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes kam die Bedürftigkeitsprüfung beim Bezug von Arbeitslosenunterstützung in Fortfall, während sie bei der Rentenunterstützung noch angewandt werden darf. Aus der Fürsorgeeinrichtung ist nun eine Versicherungseinrichtung geworden, d. h. durch die Zahlung von Beiträgen erwirbt sich jeder Anspruch auf Leistungen, wenn die sonstigen Versicherungsbedingungen eingehalten worden sind. Die Angriffe der Unternehmer laufen nun darauf hinaus, die sonstigen Versicherungsbedingungen zu verschärfen. Sie verfolgen dabei zweierlei Absichten: erstens den Bezug von Arbeitslosenunterstützung zu erschweren, damit stets willfährige Lohnbrüder und Streikbrecher vor den Toren der Betriebe stehen; zweitens dadurch Ersparnisse zu erzielen, damit eventuelle Zuschüsse des Reiches gänzlich unterbleiben und genügend Kapital bei der Reichsanstalt angesammelt wird, das dann zu billigem Zins den Kapitalisten zur Verfügung gestellt werden kann, wie es bei der Angestellten- und der Invalidenversicherung schon längst der Fall ist.

Von uns Kommunisten ist ständig gefordert worden die Tragung der Kosten der Arbeitslosigkeit durch die Unternehmer. Das ist unsere prinzipielle Forderung, die innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stets von uns erhoben werden wird. Inzwischen aber gilt es, trotz unserer ablehnenden Haltung zum Arbeitslosenversicherungsgesetz, Front zu machen gegen die Verschlechterungsabsichten, die von den Unternehmern geplant, und die so willfährig von der bürgerlichen Presse unterstützt werden.

Erwerbslosen-Unterstützung an Jugendliche

Nach den Bestimmungen des AVABG. unterliegen auch jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Versicherungspflicht gegen Arbeitslosigkeit, sofern sie in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung stehen. Ausgenommen davon sind Jugendliche, die in einem Lehrverhältnis stehen und diesem Lehrverhältnis ein Vertrag von mindestens zweijähriger, in der Landwirtschaft mindestens einjähriger, Dauer zugrunde liegt.

Während des Bezuges von Unterstützung untersteht der Jugendliche der Verpflichtung, an Veranstaltungen zur „Berufsbildung und Umschulung“ teilzunehmen. Er kann aber auch zur „Pflanzarbeit“ gezwungen werden. Wer sich weigert, diese Verpflichtungen zu erfüllen, dem wird die Unterstützung entzogen. Die entsprechenden Paragraphen lauten:

§ 91

1. Für Arbeitslose unter 21 Jahren, bei denen die Voraussetzungen einer Berufsumschulung oder -fortbildung nicht gegeben sind, und für Arbeitslose, die auf Grund des § 101 Preisunterstützung erhalten, ist die Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig, soweit dazu Gelegenheit besteht.

2. Den Arbeitslosen dürfen nur solche Arbeiten zugewiesen werden, die 1. sonst überhaupt nicht oder nicht zu dieser Zeit oder nicht in diesem Umfange ausgeführt werden würden, 2. gemeinnützig sind, insbesondere hilfswürdigen Personenzentren zugute kommen, 3. ihnen nach ihrem Lebensalter, ihrem Gesundheitszustand und ihren häuslichen Verhältnissen zugemutet werden können, 4. ihre Vermittlung in Arbeit nicht verzögern, 5. ihnen keine Nachteile für ihr späteres Fortkommen bringen.

3. Regelmäßige Arbeiten, die fortlaufend die Arbeitsfähigkeit eines Arbeitnehmers beanspruchen, dürfen nicht im Wege der Pflichtarbeit angeführt werden.

4. Für Maßnahmen, die den Arbeitslosen bei ordnungsmäßiger Ausführung der zugewiesenen Arbeiten entgegen, ist ihnen durch den Träger der Arbeit angemessene Entschädigung zu gewähren.

5. Der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamts, das nach § 168 für die Unterstützung zuständig ist, trifft über die Durchführung näherer Bestimmungen; er wählt insbesondere die Arbeiten aus, und legt die Höchstarbeitsdauer fest. Die Höchstarbeitsdauer, die von den Arbeits-

losen in einem bestimmten Zeitraum gefordert werden darf, muß in angemessenem Verhältnis zu der auf den gleichen Zeitraum entfallenden durchschnittlichen Arbeitslosenunterstützung stehen. Beschlüsse zur Durchführung dieser Bestimmungen sind nur wirksam, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Verwaltungsausschusses zustimmen.

§ 92

1. Wer sich ohne berechtigten Grund weigert, sich einer Berufsumschulung oder -fortbildung zu unterziehen, die geeignet ist, ihm die Aufnahme von Arbeiten zu erleichtern, ohne daß ihm dadurch Kosten erwachsen, erhält für die Dauer der auf die Weigerung folgenden vier Wochen keine Arbeitslosenunterstützung.

Der Unterstützungsbezug ist nicht an einen ständigen Wohnort gebunden, das heißt, der Unterstützungsberechtigte kann auf Wanderschaft gehen, und dabei auch von den verschiedensten Arbeitsämtern seine Unterstützung abgeben. Jedoch muß er dann einen Wanderschein von dem Arbeitsamt seines Wohnortes erhalten. Der Wanderschein wird ausgestellt und ausgehändigt, wenn der Nachweis der beendeten Lehrzeit gebracht wird, und der Jugendliche 18 Jahre alt ist.

Bei Jugendlichen im Alter von 16 bis 18 Jahren muß das Jugendamt gehört werden und die Zustimmung geben.

Aus dem Vorstehenden ist ersichtlich, daß von einer ausreichenden Fürsorge für erwerbslose Jugendliche nicht gesprochen werden kann. Das Gesetz hat der Praxis auf den Arbeitsämtern genug Schlingen in die Hand gegeben, die zum Entzug der Unterstützung führen. Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen müssen ebenfalls wie die Erwachsenen erkennen, daß das AVABG. ein Zwangsgesetz gegen die Arbeiter ist. Die Arbeiterklasse muß sich nach wie vor für die Durchführung des Beschlusses, der auf dem Kopenhagener Sozialistenkongress im Jahre 1910 gefaßt worden ist, einsetzen. Dieser Beschluß fordert die Einführung einer staatlichen Erwerbslosenfürsorge auf Kosten der Unternehmer und unter Verwaltung der Arbeiter.

Sonntag

16

Juni

hält sich jeder freil

Das Rosen-Testament ist nicht gefällt

Was wir in unserem gestrigen Artikel bereits ausprägen, hat nunmehr seine Bestätigung gefunden: die Meinung über das „gefallste“ Testament hat sich als großer Schwundel herausgestellt.

Wir haben persönlich keinen Anlaß, für die verhaftete Frau Neumann eine Lanze zu brechen. Aber das eine muß schon gesagt werden: die bisherige Behandlung des Falles Neumann-Rosen ist bezeichnend für die Bewusstlosigkeit der bürgerlichen Journale.

Entgegen dem ersten Mittelungen heißt es jetzt, daß Frau Neumann vorläufig nicht nach Breslau überführt, sondern im Weichselgefängnis verbleiben wird.

Wie uns mitgeteilt wird, hat die Breslauer Gruppe der Liga für Menschenrechte in ihrer Versammlung am 8. d. M. beschlossen, den Fall Neumann bis zur Erledigung der Angelegenheit im Auge zu behalten.

Thaß offiziell ernannt

Wie wir erfahren, ist im preußischen Staatsministerium in seiner gestrigen Sitzung die Entscheidung über das Breslauer Polizeipräsidium getroffen worden. Wie wir schon angekündigt hatten, ist Oberregierungsrat Thaß vom Oberpräsidium in Breslau mit der kommissarischen Verwaltung des Breslauer Polizeipräsidiums betraut worden.

Neben die politische Einstellung des neuen Polizeipräsidenten verläuft nur, daß er „überzeugter Republikaner“ und Mitglied des Bundes republikanischer Akademiker sei.

Distriktskonferenz der schlesischen Arbeiter-Sperantisten

Am letzten Mai-Sonntag trafen sich in Waldenburg die Delegierten der schlesischen Arbeiter-Speranto-Gruppen, um Bericht zu erstatten, wie die Bewegung in den einzelnen Orten steht.

Eine neue Interessengemeinschaft ist zwischen „Vollmacht“ und dem „Renegaten“ abgeschlossen worden.

Das eine Blattchen entnimmt vom andern die Argumente zum gemeinsamen Kampf gegen die SPD. In Ermangelung sachlicher politischer Dinge wird der Kampf nun auf persönlichem Gebiet übertragen.

Zwei neue unbesoldete Stadträte. In der morgigen Stadtvorordnetenversammlung werden zwei neue Stadträte eingeführt werden.

Ein toller Kommunal-Skandal wird vorbereitet

Zentrum verlangt, daß für die Ständeschulen 170 000 Mark und für Luftfahrt 140 000 Mark trotz schon erfolgter Ablehnung in den Etat eingeseht werden — die SPD. will „mit sich reden lassen“

Breslau, 6. Juni.

Die Beratungen über den Stadthaushaltsplan stehen vor dem Abschluß. Heute abend soll im Ausschuß versucht werden, eine „Einigung“ über die Steuern, die Straßenbahnfahrpreise und die Tarife der städtischen Betriebswerke zu erzielen.

Wesentlich beschäftigt diese Partei, die Sozialdemokraten zur Mithilfe an einem der größten Kommunalstandale der letzten Jahre zu zwingen.

Belanntlich hat die Stadtverordnetenmehrheit (Kommunisten, Sozialdemokraten) die Zuschüsse für sogenannte „private Schulen“, Institutionen des Pfaffenbüfels, und für die Luftfahrt abgelehnt.

es würde nur dann für den Etat stimmen, wenn diese beiden Posten in der ursprünglich im Etat vorgesehenen Weise verwendet würden, d. h. also, wenn die Sozialdemokraten nachträglich bereit wären, ihren schon einmal gefassten Beschluß umzustoßen und den Privatschulen und der Luftfahrt noch noch über eine Viertelmillion Mark in den Magen zu werfen.

Es ist bezeichnend für die sozialdemokratische Fraktion, daß sie eine solche Zumutung nicht prinzipiell ablehnte, sondern „verhandeln“, ja unter Umständen sogar vollziehen zu lassen will.

Befragt die „Einigung“ mit dem Zentrum, so würde eine Mehrheit, bestehend aus SPD, Demokraten, Zentrum (und wahrscheinlich der Renegaten Engel und Reim), den Etat annehmen, während Kommunisten und Deutschnationale samt vollsparteistischem Anhängel gegen den Etat stimmen würden.

Wir werden in unserer morgigen Nummer unsere Leser von dem Verlauf der heutigen Ausschußsitzung unterrichten.

Die Todesfahrt der Breslauer Reichswehr-Soldaten

Der Zug war entzweiigert

Zu unserer gestrigen Notiz über das Eisenbahnunglück bei Lausnitz hätten wir noch nachzutragen: Das Unglück ereignete sich Montag um 17 1/2 Uhr auf dem Bahnhof Lausnitz.

geschoben wurde. Die Soldaten hatten bereits die Pferde gesattelt und die Stahlhelme aufgesetzt. Die in dem Unglückswagen befindlichen Soldaten wurden durch die offene Wagengänge hinausgeworfen, kamen unter die Wagenwände zu liegen und hier von ihnen wurden völlig zermalmt.

Die Namen der Opfer des Unglücks sind: Fahnenjunker Jäger, Fahnenjunker Semerak, Unteroffizier Frank und Obergefreiter Milbe, sämtlich von der 1. Eskadron des 7. Reiterregiments. Zwei Soldaten wurden leichter verletzt. Einer der Verletzten ist bei der Truppe verblieben, der zweite wurde im Lagerlazarett Königsbrück aufgenommen.

Am nächsten Sonntag alles zum

2. Fest der Solidarität

In den „Bergkeller“

wird der Zentrumsmann Unterberger unbesoldet in den Magistrat einziehen und für die Stadträtin Schramm der SPD. Mann Josef Lohse.

Selbstmordversuch. Am Dienstag um 14,15 Uhr versuchte am Schiffahrtskanal an der Hindenburgbrücke die ledige P., sich das Leben zu nehmen.

Vermisst werden: Der Lausburger Walter Neumann, geb. 4. 6. 1912, Messergasse 50 bei den Eltern wohnhaft gewesen. Beschreibung: 1,60 Meter groß, kräftig, langes, blondes Haar.

Straßensperrungen. Infolge Pflasterarbeiten werden gesperrt: Die Ohlauer Straße vom Ring bis Christophoriplatz vom 17. Juni bis einschließlich 13. Juli d. J. für Fahrzeuge aller Art ganzseitig.

Strehlen. Mittwoch, öffentlicher Diskussionsabend über die wahren Ursachen des Blut-Mai. Referent Genosse Reiman-Breslau.

Versammlungskalender

- Kommunistischer Jugendverband
Breslau
Gruppe Süd (Lenin). Mittwoch 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Wagner, Messergasse 34. Erscheinen Pflicht.
„Die roten Wägel“. Donnerstag 20 Uhr am bekannten Ort.
Unterbezirk Waldenburg. Donnerstag 18 Uhr findet eine UMS-Sitzung an der Lannier Stelle statt.
Jung-Spartakus-Bund
Breslau
Achtung! Das Kinderbüro tritt Donnerstag 20 Uhr an bekannter Stelle zusammen.
Roter Frauen- und Mädchenbund
Breslau
Seht kommen alle Genossinnen, die am Sonntag nach Deutsch-Billa mitfahren, zu Melzig, Uferstraße.
Sonstige Organisationen.
Breslau
Befangener „Cas“. Mittwoch 19 Uhr gemischter Chor im „Roten Löwen“.
Aufmerksamkeitsfrage.
Görlich. Note Bitte. Donnerstag 20 Uhr Funktionärversammlung in den „Union-Verein“, Langenstraße.

Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 36300
Täglich 20 Uhr
Gastspiel
des Kammerjägers
Serge Abranovic
Friederike
Stadttheater Breslau
(Cpernhaus)
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie G 20
Zielfeld

Gesellschaftshaus „Gold-Anker“

Ende Lohestr., 3 Min. v. d. Endst. d. L. 26
jeden Sonntag
Großer Familien-Tanz
P. Langer.
Saal für Vereine und Festlichkeiten zu vergeben

Wandreibhaus Grundmann

Breslau, Trebnitzer Str. 21
Belebung v. Anzeigen, Wäsche und Schmuckwaren

Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einladkarten
Flugblätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften
Kataloge
Massenbriefe
prompt und preiswert

PEUVAG

Papier-Druckerei
und Verlags-
Anstalt
in
Breslau
Trebnitzer Str. 21

WOHNUNG UND WERKRAUM AUSSTELLUNG BRESLAU 1923 15. JUNI - 15. SEPT.

Arbeiter fordern Kampfausschüsse!

Aus den Kampfgebieten in der schlesischen Textilindustrie laufen folgende Arbeiterkorrespondenzen ein:

Bürokraten schlagen Auszug ins Grüne vor

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)
In Grünberg fand eine Mitgliederversammlung des Textilarbeiterverbandes statt. In seinem Referat führte der Gewerkschaftsangehörige Lindner etwa folgendes aus: Die Behauptungen der Unternehmer, daß die Gewerkschaften eine Lohnsenkung von 48 % fordern, ist nicht wahr. Die Gewerkschaften fordern lediglich eine Erhöhung des Spitzenlohnes von 68,5 auf 66 Pfennig und Erhöhung des Effektivlohnes um 50 %. Unter anderem empfahl Lindner, nächste Woche einen

Frühlingsparade ins Grüne

zu machen. Auf dem Gedanken, eine Demonstration durch die Stadt zu organisieren, kam dieser auch Arbeitervertreter nicht. Den Hauptinhalt seiner Ausführungen bildete eine unverkürzte Rede gegen die revisionäre Opposition. Als zweiter Redner sprach der Bürokrat Dreßler vom Zentralvorstand. Auch er wußte nicht viel zu sagen und hegte hauptsächlich gegen die Opposition.

Was wird mit den Unorganisierten?

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter berief in Grünberg eine öffentliche Versammlung ein. Als Referent trat ein Malcher aus Düsseldorf auf. Ungewollt entschlopfen diesem Christen einige Wahrheiten, die man von den Bürokraten der freien Gewerkschaften nicht zu hören bekommt. Malcher führte u. a. aus: Bei den Verhandlungen waren die Gewerkschaftsvertreter gern bereit, sich zu einigen (lies: die Arbeiter zu verschachern), doch beharrten die Unternehmer auf ihrem starren Standpunkt. Auch die Unorganisierten müssen bei längerer Kampfbauer in die Kampffront hineingezogen werden. Wie das geschehen soll, darüber werden die Gewerkschaften noch beraten.

In der Aussprache stellte ein Textilarbeiter den Antrag, einen **Auszug gemeinsam mit den Unorganisierten** zu bilden. Ein anderer Arbeiter setzte sich warm für diesen Antrag ein. Im Schlußwort wandte sich der Referent scharf gegen den Antrag. Er sagte, da ein Komitee aus Vertretern der freien Gewerkschaften bereits bestehe, sei die Wahl eines neuen Ausschusses nicht notwendig.

Sozialdemokraten gegen Unterstützung der Textilarbeiter

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

In der am Montag tagenden Stadtverordnetenversammlung in Sagan fanden nur zwei Punkte auf der Tagesordnung, und

zwar: 1. Bewilligung einer Anleihe von 410 000 Mark für den Bau von Militärowohnungen an der Günter- und Kasernenstraße, sowie ein Dringlichkeitsantrag der K.P.D.-Fraktion auf Unterstützung der durch die Aussperrung betroffenen Textilarbeiter Sagens.

Genosse Gajchy begründete den Antrag und stützte sich auf den Paragraph 168 der Reichsverfassung, welcher besagt, daß ein jeder Deutscher das Recht auf Arbeit, und wo solche nicht vorhanden, auf ausreichende Unterstützung hat. Stadtverordneter P. Schmidt (S.P.D.) sprach sich gegen den Antrag der K.P.D.-Fraktion aus und führte einen Erlaß des Regierungspräsidenten an, wonach bei Streik oder Aussperrung keinerlei Unterstützung an die Aussperrten gezahlt werden darf. Der Antrag wurde mit allen bürgerlichen einschließl. der S.P.D.-Stimmen und gegen die Stimmen der K.P.D.-Fraktion abgelehnt. Der Magistratsantrag auf Bewilligung der Anleihe von 410 000 Mark für Militärowohnungen wurde mit 10 Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen.

Die vorstehenden Arbeiterkorrespondenzen beleuchten blickartig die Situation im Kampf der schlesischen Textilarbeiter. Die Reformisten und christlichen Gewerkschaftsführer denken nicht an die Organisation des Kampfes. Es ist ein provokatorischer Hohn, wenn ein Gewerkschaftsangehöriger statt Kampfmaßnahmen lediglich den Vorschlag macht, einen Auszug ins Grüne zu unternehmen! Die Gewerkschaftsbürokraten erkennen wohl die wichtige Rolle der Unorganisierten, doch ihre Ablehnung gemeinsam mit den Kampfausschüssen ist der beste Beweis dafür, daß sie bewußt die Organisierten von den Unorganisierten trennen wollen, um durch diese Spaltung die Position der Unternehmer zu verstärken. Es ist ein gutes Zeichen für die Kampf Stimmung der Textilarbeiter, wenn selbst in den Versammlungen der christlichen Gewerkschaft die

Arbeiter die Bildung von Kampfausschüssen fordern. Überall, wo das noch nicht geschehen ist, müssen solche Ausschüsse gebildet werden, ohne sich von den demagogischen Angriffen der Reformisten und Kläffereien der Brandstifter beeinflussen zu lassen.

Textilarbeiter, nicht nachlassen! Die bisherigen Erfahrungen zeigen euch, daß ihr von den Sozialdemokraten und den Gewerkschaftsbürokraten nichts zu erwarten habt. Eure Führer sind die Kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Organisiert unter deren Führung den Kampf! Bildet Ausschüsse gemeinsam mit den Unorganisierten! Sorgt dafür, daß auch die Unorganisierten materielle Unterstützung erhalten, sei es durch Anträge in den Kommunen, durch Sammlungen usw.! Laßt nicht loder von euren Forderungen! Führt den Kampf auch trotz eines zu erwartenden Schiedspruches!

Gebt für die Maiopfersammlung der Roten Hilfe

Vor dem Streik auf der Bergfreiheitsgrube

H.R. Wir berichteten dieser Tage über die Lohnforderung der Kampfs auf der „Bergfreiheits“-Grube in Schmiedeberg. Bereits vor einem Jahre reichte die Belegschaft eine Lohnforderung von 15 Prozent ein. Die Gewerkschaftsführer tushandelten und die Kampfs erhielten 5 Prozent Zulage. Einmal stellte die Belegschaft im März dieses Jahres die Forderung von 15 Prozent auf. Trotz „tushandeln“ ist bis heute noch nichts erreicht worden, obwohl das Lohnabkommen im April abgelaufen ist. Jetzt erklärte Steinmetz vom BWS, es gibt nur zwei Möglichkeiten, die erste: Anrufen des Schlichters, die zweite: Kündigung des Arbeitsverhältnisses und Streik. Das erstere lehnte die Belegschaft ab. Jetzt hat Steinmetz die Kündigungen der Verwaltung übergeben. Von der 371 Mann starken Belegschaft haben 350 die Kündigung eingereicht. Bemerkenswert ist der Ausdruck von Steinmetz, daß erst die Kündigung eingereicht und abgewartet werden muß, ehe die Belegschaft in den Streik treten darf, andernfalls würde der Verband kontraktbrüchig. Wir halten diesen Schritt für falsch. Richtiger wäre es gewesen, die Belegschaft hätte eine Kampfleitung gewählt, die alle Vorbereitungen für einen Kampf trifft. Eigentümlich ist, daß der BWS auch für die Unorganisierten die Kündigung mit übernommen hat. Dieses Mandat der Steinmetz u. Co. ist etwas sehr faul. Steinmetz weiß ganz genau, daß jetzt die Bergverwaltung der Grube den Schlichter anrufen wird, und läßt sich dann gern, trotz Kampfwille der Belegschaft, „vergewaltigen“, weil der Aufbau der Wirtschaft aus Rücksicht auf die Ministergenossen nicht gestört werden darf.

Erwähnen wir nur noch die Löhne. Der Grundlohn beträgt 3,76 Mark pro Schicht, dazu wird ein Bedingenzuschlag von 20 Prozent gezahlt, so daß ein Bauer (Spitzenbediener) den „fürsorglichen Lohn“ von 4,51 Mark pro Schicht für seine schwere und lebensgefährliche Arbeit erhält. Davon gehen noch die enormen Abzüge für die Knappschichtbeiträge ab, so daß der wirkliche Verdienst kaum 3,70 Mark pro Tag beträgt. Die Forderung von 15 Prozent ist so beschreiben wie irgend möglich.

Kampfs, keinen Pfennig laßt abhandeln! Zeigt, daß der alte Kampfsgeist noch in euch lebt! Setzt die „Arbeiter-Zeitung“, die euren Kampf mit unterstützt!

Bundesausschuß des ADGB gegen Unterstützung an Frauen

Anläßlich der Verschlechterung des Erwerbslosenversicherungsgesetzes sei an folgendes erinnert: Am 26. und 27. März tagte der Bundesausschuß des ADGB, der sich mit der Erwerbslosenfrage beschäftigte, und eine Resolution annahm, die sich gegen die Erwerbsarbeit verheirateter Frauen ausspricht. In dieser Resolution heißt es:

„Der Vorstand des ADGB vertritt daher den Standpunkt, daß es in Zeiten großer und lang andauernder Arbeitslosigkeit sich nicht umgehen läßt, das nach der Verfassung jedermann gewährte Recht auf Arbeit insofern einzuschränken, daß Arbeitsplätze, die von Personen besetzt sind, die nicht unbedingt auf eigenen Arbeitsverdienst angewiesen sind, freigemacht werden für solche Arbeitslose, die Erwerbsarbeit zur Deckung ihres Lebensunterhaltes brauchen.“

Durch diesen schändlichen Beschluß wurden erstens die sozialdemokratischen Betriebsräte aufgefordert, an der Entlassung der verheirateten Arbeiterinnen mitzuwirken, zweitens war er eine Aufforderung an die Behörden des kapitalistischen Staates, den arbeitslos gewordenen verheirateten Arbeiterinnen auch noch die Erwerbslosenunterstützung zu entziehen.

Die SPD-Presse billigt den Raub an den verheirateten Arbeiterinnen. Auf dem SPD-Parteitag haben die sogenannten „Frauenvertreterinnen“, wie die Juchacz, die Sender usw., am tollsten den Koalitionsministern Beifall gellacht und sich für die Koalitionspolitik ausgesprochen, die all die ungeheuren sozialpolitischen Verschlechterungen mit sich bringt.

Aber die Arbeiter müssen sich geschlossen wehren. Jeder kann arbeitslos werden. Nicht allein den Saisonarbeitern und den Arbeiterinnen soll die Unterstützung geraubt werden. Durch eine wuchtige Massenbewegung müssen die schändlichen Anschläge der SPD-Führer zurückgewiesen werden.

Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit die

Arbeiter-Zeitung für Schlesien und Oberschlesien

einschließl. sämtlicher Beilagen

zum Bezugspreise von 60 Pfennig wöchentlich frei Haus

Name:

Ort: Stich:

In dieser Woche!

Allerhand billige

Waren

in fast allen Abteilungen die spottbilligen

Extra-Angebote

und

Gelegenheitskäufe!

Nur noch ein kleines Quantum angestaubte

Damen- u. Kinder-Wäsche

bestehend aus Nachthemden, Taghemden, Unterhosen, Hemdhosen, Prinzesschen usw. in nur guten und erstklassigen Qualitäten, darunter auch einzelne Musterstücke farbige Batist- und Opal-Damenwäsche,

auf besonderen Tischen zum Aussuchen!

30-40 % unter Preis!

Zirka 500 Stück gute, billige

Gerstenkorn-Gesichtshandtücher

weiß mit roter Kante, Größe 42 x 100 gesäumt und gebündelt . . . Stück **39 Pf.**

Schön karierte

Kaffeedecken

mit kleinen unwesentlichen Webfehlern, in leinenartiger waschechter Qualität

Größe 90 x 100	110 x 150	130 x 130
Stück 98 Pf.	2.10	2.25

Weit unter Preis!

Zirka 500 Stück extra billige

Schlafdecken

grau, mit eingewebter Kante, zirka 200 cm groß Stück	1.65
grau u. braunmeliert, mollige Qual, zirka 200 cm groß Stück	2.25
grau m. eingewebt. Kante, in ganz schwerer Qual., über 200 cm groß, St.	2.95

Extra billige

Steppdecken

einsellig Satin mit Trikolletter, in vielen schönen Farben . . . Stück	8.95
doppelseitig Satin, mit guter Füllung Stück	11.75
doppelseitig Satin, in pa. Qualität, 150 x 200, fertige Größe . . . Stück	13.50

6 St. Porzellan-Obertassen

kleiner Fehler Zum Aussuchen! zus. **25 Pf.**

6 St. Porzellan-Goldrand-Abendbroteller zus. **2.00**

Zirka 2000 Stück

Butterkühler aus porz. Ton mit groß. Glaseinsatz, St. **85 Pf.**

